

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Ordnung: Nachrichten Dresden.  
Verlagspreis - Sammelnummer 25 241  
Star für Nachgelieferter: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei wöchentlichem Zustellung, durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M. Die 11pallige 37 mm breite Seite 2 M. Auf Familienzettel, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsanzeigen, 11pallige Hin- u. Herhülle 25%, Vorkaufspreise laut Tarif. Ausserordentliche Kuttage gegen Vorbestellung. Einzelnummer 30 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle  
Markenstraße 33/34.  
Druck u. Verlag von Fegisch & Reichardt in Dresden.  
Telefisch-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unvollständige Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**Max Glöss Nachf.**  
Moritzstraße 18.  
Beleuchtungskörper, Elektrische Platten,  
Kochtöpfe, Schütte - Lanz - Kochplatten.

**Rönigsdiele**  
14 Ring-straße  
Vornehmes Restaurant

**Kronen Lampen**  
Antiquitäten  
Kretschmar, Bösenberg & Co.  
5 Serrestraße 5 (Nähe Pirnaischer Platz)

## Die erste Sitzung des Obersten Rates.

### Besprechung der ober-schlesischen Frage.

Paris, 8. August. Kurz nach 3 Uhr hat die Tagung des Obersten Rates unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Briand begonnen. Sämtliche Delegierten sind anwesend. Die belgische Delegation ist nicht vertreten, da auf der Tagesordnung die ober-schlesische Frage steht. Rechts von Briand hat Lord George Platz genommen, links von ihm sitzt der italienische Ministerpräsident Bonomi. (twb.)

Paris, 8. August. 7 Uhr 16 nachm. Dasas berichtet offiziell über die erste Sitzung des Obersten Rates:

Die Sitzung ist um 6 Uhr 5 nachm. zu Ende gegangen. Sie war vollständig durch die Besprechung der ober-schlesischen Frage ausgefüllt. Ministerpräsident Briand eröffnete die Sitzung und begrüßte die alliierten Vertreter. Darauf wurde jeder Delegierter aufgefordert, ein allgemeines Exposé der ober-schlesischen Frage zu geben. Der Vorsitzende des Sachverständigenausschusses Tromaguet las den französischen Standpunkt vor und zeigte, daß das Abstimmungsgebiet abgelehnt werden könne und daß der Grenzverlauf durch das Ergebnis der Abstimmung nach Gemeinden bestimmt werden müsse. Darauf gab Sir Cecil Durd eine Darstellung des englischen Standpunktes, der auf die Unteilbarkeit des Industriegebietes und seine Ausdehnung an Deutschland hinausläuft. Der französische Sachverständige Laroche gab der Ansicht Ausdruck, daß das Industriegebiet geteilt und zum großen Teile einschließlich Oberschlesien an Polen gehen müsse, wobei der Grenzverlauf sich merklich der Szarajewo zu nähern habe. Der italienische Delegierte hat einen vermittelnden Standpunkt vertreten. (twb.)

### Der Bericht des Sachverständigen-Ausschusses.

Paris, 8. August. Der Bericht des Sachverständigen-Ausschusses über die Regelung der ober-schlesischen Frage stellt nach dem „Temps“ fest, daß über drei grundsätzliche Fragen eine Einigung erzielt wurde:

1. Daß der Friedensvertrag von Versailles die Teilung des Volksabstimmungsgebietes zwischen Deutschland und Polen zulasse, daß man sich also nicht auf die Gesamtabstimmungsgebiete von einer Partei beziehen dürfe, um ihr Ober-schlesien insgesamt zuzuteilen.
  2. Daß der Friedensvertrag vorschreibt, daß bei der Festlegung der deutsch-polnischen Grenze Rücksicht genommen werden müsse auf die Wünsche der Bevölkerung, die durch die Volksabstimmung zum Ausdruck komme und auch auf die geographische und wirtschaftliche Lage der Territorien.
  3. Daß man bei der Grenzsetzung sich von der gemeinsamen Abstimmung leiten lassen müsse.
- Die Sachverständigen haben nach dem „Temps“ verschiedene Vorschläge für die Grenzführung gemacht und sie schließlich auf zwei Vorschläge, eine französische und eine britisch-italienische herabgemindert. Der von Sir Cecil Durd empfohlene Vorschlag sei vom Sachverständigenausschuss nicht wieder aufgenommen worden. Die in Frage kommenden beiden Vorschläge hätten keine Einmütigkeit gefunden. Beide Vorschläge verlangten die Unteilbarkeit des Industriegebietes. Die französische Lösung wolle das Gebiet Polen zuwenden, während die englisch-italienische es weitgehend zum größten Teile Deutschland zusprechen wolle. (W. T. A.)

### Empfänge bei Briand.

Paris, 8. August. Ministerpräsident Briand hat heute vormittag erst Loucheur empfangen, alsdann Warichall Koch, der von General Wengand begleitet war, darauf General Nollet, den Vorsitzenden der Interalliierten Kontrollkommission in Berlin, und schließlich General Lerond, den Vorsitzenden der Interalliierten Kommission in Syden. Ministerpräsident Briand empfing außerdem den italienischen Außenminister Marchese de la Torretta.

Paris, 8. August. Der italienische Ministerpräsident Bonomi ist heute vormittag 10 1/2 Uhr in Paris eingetroffen und von Briand am Bahnhof empfangen worden.

### Die belgischen Delegierten.

Brüssel, 8. August. Finanzminister Thoenis ist nach Paris abgereist, um an den Sitzungen der Finanzminister teilzunehmen. Außenminister Jasper wird Dienstag nachmittags nach Berlin abreisen, es sei denn, daß der Meinungs-austausch über die ober-schlesische Frage längere Zeit in Anspruch nimmt. (W. T. A.)

### Besprechung der Kriegsbeschuldigtenprozesse.

London, 8. August. Der Attorney-General und der Solicitor-General sind zur Besprechung der Prozesse gegen die deutschen Kriegsbeschuldigten nach Paris abgereist. (W. T. A.)

### „Die Lage ist heikel.“

London, 8. August. „Wall Mall and Globe“ meldet aus Paris, daß die Lage heikel sei. Zwischen der Ansicht der Engländer und derjenigen der Franzosen bestehe eine weite Kluft. Lord George erwarte nicht eine sofortige Lösung der ober-schlesischen Schwierigkeiten. Er sei entschlossen, auf der Erfüllung des Friedensvertrages von Versailles nach Weitz und Buchhabe durch Frankreich und alle anderen

Unterzeichner zu bestehen. Ein Mitglied der Regierung erklärte laut „Wall Mall“, augenblicklich erschienen die Standpunkte der britischen und der französischen Regierung unvereinbar miteinander. Wenn Briand nicht die Verantwortlichkeit des britischen Standpunktes anerkennen wolle, müsse die dringende Möglichkeit in Betracht gezogen werden, daß Frankreich die von ihm für notwendig gehaltene Aktion ohne Unterstützung der Alliierten unternehme. Wie angenommen wird, hat Lord George bereits auf die sehr große Verantwortung hingewiesen, die die französische Regierung durch eine solche Aktion übernehmen würde. (W. T. A.)

### Eine dänische Stimme über Frankreichs Pläne.

Stockholm, 8. August. Zur Meldung des „Manchester Guardian“, wonach Frankreich neuerdings Ober-schlesien Neutralität wünscht, um dort ein hartes, reguläres Vorkommen halten zu können, schreibt „Socialdemokraten“: Sollte dieses Vorhaben irgendeine englische Prefektur durch einen Beschluß des Obersten Rates bekräftigt werden so sei der letzte moralische Kredit verloren.

### Ein italienisches Kompliment an Frankreich.

Rom, 8. August. Der größte Teil der italienischen Presse dankt die Pariser Reise Bonomis und Torrettas mit der Erwartung, daß die italienische Regierung die englische Forderung unterlassen werde, soweit diese mit den italienischen Interessen vereinbar sei. Sehr scharf äußert sich die „Tribuna“ namentlich gegen Frankreich. Sie und Nummer würde Italien dazu beitragen, hat das Blatt den Kriegsschiff einer anderen Nation zu überlassen, die durch ihre Zurückfälle dazu verurteilt ist, in Ostafrika die Zwangsarbeit zu tragen. Ueber die Souveränität im Rheinflaß schreibt die „Tribuna“: Hat die Entente ein Interesse, Deutschland beharrlich zu reizen und die Gefahr einer Renonciation heraufzubekommen, die der deutschen Politik eine ganz gefährliche Wendung geben könnte? Man solle Deutschlands Aufmerksamkeit nicht unterbinden. Es sollte an verhindern, daß Deutschland auf Revanche sinne.

### Der Reichskanzler über Ober-schlesien.

Berlin, 8. August. Der Reichskanzler Dr. Brüning hat heute dem Vertreter des „Reinvergnügen“ in Nürnberg eine Unterredung gewährt. Zur ober-schlesischen Frage äußerte sich der Reichskanzler u. a. folgendermaßen: Ebenso wie in Da- und Westpreußen haben die italienischen Truppen auch in Ober-schlesien durch ihr Verhalten gegenüber der einheimischen Bevölkerung ihre Friedensgesinnung fundiert, und ich glaube, daß dadurch manche Wunde wieder angeklüftet sind, die der Krieg zerkratzt hatte. Ich hoffe bestimmt, daß die Erkenntnis von der europäischen Solidarisiertheit durch solche Friedensgesinnung gefördert und sich zur europäischen Solidarisiertheit auswidern wird. Alle Mächte, ob Sieger oder Besiegte, müssen mit allen Kräften an dieser Aufgabe arbeiten, wenn das schwere Werk gelingen soll. Man darf aber die von uns verlangten unannehmen Vorurteile nicht erwarten, wenn man uns die Hand abklopft, wenn man uns Ober-schlesien nimmt. Die Anteilnahme Ober-schlesiens an Deutschland ist unabweisbar. Der Hebespann der ober-schlesischen Wirtschaft an Polen würde bedeuten, daß sie verurteilt sei, in den Zusammenbruch der polnischen Wirtschaft hineingezogen zu werden. Die deutsche Regierung hat sich schon in ihrer Rolle an die alliierten Mächte vom 1. April bereit erklärt, Polen unter vorzugsweisen Bedingungen die für seine Wirtschaft etwa noch erforderlichen Kohlen und wichtigen Erzeugnisse zu liefern, so lange das an Bodenschätzen überaus reiche polnische Gebiet, welches den größten Teil des südlichen Ostens umfaßt und viel größer ist als das deutsche Areal, noch nicht erschlossen ist. Sie hat aber aus Warschau nur Spott und Hohn gehört. Sie hat erleben müssen, wie die polnische Regierung den dritten blutigen Aufstand und ober-schlesische Land getragen hat, und sie muß jeden Tag noch erleben, wie der deutsche Abstimmungsgebiet durch unfaulere Methoden gefährdet wird. In den Pressen der letzten Tage ist wiederholt der Gehauke einer provisorischen Lösung der ober-schlesischen Frage erwähnt worden. Ich brauche Ihnen gegenüber nicht zu betonen, daß jede derartige Lösung für die deutsche Regierung völlig unannehmbar ist. Sie widerspricht dem klaren Wortlaut des Friedensvertrages und würde den Keim zu dauernden Konflikten im Osten legen. Wir warten auf den Spruch des Obersten Rates; dieser Spruch wird entscheidend sein für die Zukunft Deutschlands, aber auch für die Zukunft Mitteleuropas. Wir vertrauen sehr darauf, daß der Spruch im Sinne des Rechts fallen wird, das allein den in nötigen Frieden und Wiederanbau Europas ermöglichen und gewährleisten kann. (T. A.)

### Die Einberufung des Reichstags nach der Entscheidung über Ober-schlesien.

Berlin, 8. August. Obwohl die Frage eines früheren Zusammentritts des Reichstages anlässlich der Entscheidung des Obersten Rates noch ungeklärt ist, hält man in Berliner parlamentarischen Kreisen die Einberufung des Reichstages sofort, nachdem die Entente ihre Entscheidung gefällt hat, für unbedingt erforderlich. Man sieht die Einberufung des Reichstages bedehalt als erforderlich an, weil auf Grund der Entscheidungen des Obersten Rates zahlreiche wichtige Fragen aufzuwerfen, die vom Reichstag besprochen werden müssen. Dargestellt wird beispielsweise auf die dringliche Frage der militärischen Befehls der uns angehenden Gebiete in Ober-schlesien zum Schutze gegen etwaige Futtsversuche.

## Das Steuerprogramm des Kabinetts Brüning.

Ueber die Steuerpläne des Reichskabinetts hat sich zum zweiten Male ein Vorkämpfer verbreitet, allerdings mit beinahe noch härteren, unsichereren Blasen, als er von der Reichsregierung des Kanzlers am 6. Juli ausging. Und aus dieser Hartfährigkeit, die schon im voraus unter der Verleumdung der Verleumdungsfabrikanten zu leiden scheint, sieht sich die gigantische Aufgabe einer erschreckenden fünfzehnjährigen Steuerreform, an der das Kabinett in den letzten vier Wochen emsig gearbeitet hat. Ein gewisser Abschnitt dieses rührigen Tuns ist erreicht und der wissenschaftlichen Menge wird ein ständiger Blick auf das sich vollziehende Geschehen gestattet, in dessen Bahnen sie schon ihre abendliche Zukunft verbräuen soll. Erläuterung aus dem Zustande des Ungeheures, die sie von diesem Bild erwartete, wird ihr nicht zu teil. Im Gegenteil, die innere Klarheit muß sich heuern, da noch in hundert Besprechungen ein Blick nicht zu erhaschen ist, wie sich die Wirksamkeit der Maßnahmen des Steuerprogramms im einzelnen gehalten wird. Nicht und bloß, ohne alle begründende, ausführliche, zielweisende Erläuterung zählt die amtliche Veröffentlichung der Kabinettsberatungen in fünfzehn Gesetzentwürfen einige Dutzend Steuern auf, die um lächerliche faßhafte Zehner erhöht werden sollen. Ob der auf diese Weise geplante Ausbau des Steuerprogramms die höchsten Hoffnungen erfüllt, ob die Erträge der erweiterten Steuerabgaben zu einnehmend werden, daß sie auf die finanzielle und wirtschaftliche Lage des deutschen Reiches einen günstigen Einfluß ausüben, welche Zahlen und Ziele das Reichskabinett bei seiner vorbereitenden Arbeit im Auge hatte, darüber schweigt sich die offizielle Bekanntgabe der Steuerpläne aus. Man muß schon, um in diesen Fragen einermöglichen zu arbeiten zu gelangen, auf die erwähnte Steuerreform zurückgreifen.

Die Absichten des Reichsfinanzminister-Kanzlers liegen darauf hinaus, den, wie erinnerlich, dreieinhalb Milliarden einschließlich der Reparationen durch laufende Einnahmen zu decken und den sozialen Charakter des deutschen Steuerprogramms tragbar zu machen. Beide Aufgaben wollte er als praktische Steuerpolitik „möglichst rasch und ohne erhebliche Störungen des Wirtschaftslebens“ durchzuführen. Die Antwort auf die Frage, ob durch die vorliegenden fünfzehn Gesetzentwürfe eine Annäherung an diese Ziele erfolgt, wird unweil erwidert, weil in der Anzahlung und auch hinsichtlich der Kommerzierung der Steuerprogramme jede zahlenmäßige Andeutung des erwarteten Ertrages peinlich vermieden wird. Man kann diese Unterlassung kaum anders deuten, als daß das Reichskabinett sich vor der psychologischen Wirkung auf die breite Volksmasse scheut, die ein offenes Bekenntnis der trotz des nicht zu überbleibenden Ansehens der Steuerreform immer noch vorhandenen Unzulänglichkeit der Steuererträge haben würde. Denn daß diese Erträge in der Tat noch meilenweit hinter den Erfordernissen zurückblieben, daran kann kein Zweifel sein. Unmittelbar nach der letzten Reichsversammlung des Kanzlers wurde in der Presse mehrfach der Hinweis erbracht, daß die damaligen Schätzungen Dr. Brüning hinsichtlich des Steuerertrags und der künftigen Belastung des Reichsetats von einem kräftigen Optimismus inspiriert waren. Er rechnete bekanntlich mit jährlichen Reichseinkünften aus Steuern im Höhe von achtzig bis hundert Milliarden Mark, denen insgesamt einschließlich der Reparationszahlungen ungefähr 50 Milliarden gegenüberstanden. Bei dieser letzten Summe hatte er die Belastung des Reichshaushalts aus dem Umlaufum mit 42 Milliarden Papiermark in Rechnung gestellt, obwohl bereits damals die deutsche Palata eine viel höhere Summe als jährliche Reparationsleistung bedinnete. Heute hat sich diese Summe infolge des weiteren Rückganges des Markwertes noch um ein beträchtliches vermindert, und sie wird auch weiterhin bleiben, sie liefert unter Zahlungsmittel herabzufunk. Diese dauernde Geldentwertung wirkt natürlich auch nachteilig auf den Wert der Steuererträge, besonders im Verhältnis zu unseren Auslandsverpflichtungen. Nichts oder hundert Milliarden Papiermark, die vielleicht heute noch den weitaus größten Teil dieser Verpflichtungen decken, sind morgen bei einer eventuell zu ruffische Begriffe grenzenden Geldentwertung ein Pappentel.

Der Abstand zwischen dem Soll und den Erträgen der staatlichen Finanzwirtschaft wird also immer größer, ohne daß er sich durch in ihrer Wirkung mehr oder weniger geringfügige Steuererhöhungen überbrücken ließe. Der Kanzler und das Kabinett unternehmen es gleichwohl diesen Abstand, der gegenwärtig einige Milliarden denkbare ausmacht, auf die genannte unzulängliche Weise der Heberhebung auszufüllen. Es wird sich dieses Unterfangen in kurzer Zeit als verachlich herausstellen müssen, besonders dann, wenn nicht nur die Haushaltsbedürfnisse infolge der Geldentwertung empfindlicher, sondern wenn es sich zeigt, daß die auf dem Papier errechneten Steuererträge hinter den absehenden Erwartungen immer weiter zurückbleiben. Man denke einmal daran, daß die indirekten Steuern im gegenwärtigen Haushalt nach Brüning Berechnung